



POLITIK AKTUELL

Ausgabe 04/2009
24.04.09

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren!

Wer kümmert sich um Arbeitnehmer und Mittelstand? Die SPD jedenfalls nicht! In ihrem gerade vorgestellten Bundestagswahlprogramm zeigt sich die SPD einmal mehr als Steuererhöhungs- und Klientelpartei. Sie versucht bei den unteren Einkommensgruppen zu punkten und schürt eine Neiddebatte, weil sie von den Spitzenverdienern höhere Abgaben verlangen will.

1. SPD hat für Arbeitnehmer und Mittelstand nichts übrig. Mit Symbolik wie der Anhebung der „Reichensteuer“ oder dem Auszahlen eines Steuerbonus an Geringverdiener beweisen die Sozialdemokraten, dass sie sich von der Lösung der wirklichen Probleme in unserem Land verabschiedet haben. Die SPD will allen, die auf die Abgabe einer Steuererklärung verzichten, einen Bonus von 300 Euro zahlen. Wer kann davon profitieren? Dieser Bonus lohnt sich für all die, die relativ wenig verdienen und die durch eine Steuererklärung eine geringere Erstattung als 300 Euro bekommen würden. Um dies zu berechnen, werden wahrscheinlich die meisten Menschen die Hilfe eines Steuerberaters benötigen, den man im Regelfall aber auch wieder bezahlen müssen. Aber selbst Geringverdiener können von diesem Bonus nicht immer

profitieren. Wer sich ehrenamtlich engagiert und z. B. als Übungsleiter eine Fußballmannschaft trainiert, erhält als finanzielle Entschädigung für seinen Einsatz in der Freizeit die sog. Übungsleiterpauschale. Dann ist man jedoch verpflichtet, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn diese Pauschale nicht versteuert werden muss. So bestraft die SPD diejenigen, die sich aktiv für unsere Gesellschaft engagieren. Auch wer als Arbeitnehmer die Pendlerpauschale geltend machen möchte, hat vom Steuerbonus nichts.

2. Was bedeutet die Anhebung des Spitzensteuersatzes um 2 Prozent? Die Anhebung der „Reichensteuer“ führt nur zu geringen Steuermehreinnahmen und belastet aber gerade den Mittelstand und die mittleren Einkommensgruppen überproportional stark. Der Grund dafür ist der progressive Einkommenssteuersatz. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes bewirkt, dass die Steuerbelastung auch für die niedrigen und mittleren Einkommensgruppen anwächst.

3. Welche Folgen hat die sog. Reichensteuer? Ausgerechnet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, auf das wir zur Bewältigung der Krise besonders angewiesen sind, wird von der SPD

durch die Reichensteuer belastet. Der Mittelstand ist der wichtigste Arbeitgeber in Deutschland. Er trägt über 80 Prozent der gesamten Steuerlast. Gerade in den wirtschaftlich sehr schweren Zeiten wird durch die von der SPD geplante Steuererhöhung der ökonomische Handlungsspielraum des Mittelstandes weiter eingeengt. Dies ist das falsche Signal. Wir müssen den Mittelstand unterstützen und fördern, damit er auch in der Krise alte Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen kann.

4. Das Programm ist der Sieg der SPD-Linken. Mit ihrem Wahlprogramm stellt sich die SPD deutlich gegen die Ergebnisse ihrer eigenen langjährigen Regierungsbeteiligung. Für CDU und CSU ist klar: Wir werden alles dafür tun, um den Mittelstand und die Leistungsträger unserer Gesellschaft zu stärken. Für die Facharbeiter und Freiberufler, für alle, die Tag für Tag früh aufstehen und zur Arbeit gehen, werden wir mit aller Kraft für eine bürgerliche Mehrheit kämpfen.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:

Religionsunterricht muss auch in Berlin ein ordentliches Unterrichtsfach sein	2
G20, NATO, EU – Wichtige Weichenstellungen auf internationalem Parkett	2
Praktikumsbericht von Luciana Kariqi	3
Diese Woche im Bundestag	4
Zahlen & Fakten	4
MP Tillich kritisiert hohe Hürden für Firmenkredite	5
20 Jahre friedliche Revolution - CDU und JU leisten einen aktiven Beitrag zum Gedenken an die Ereignisse im Jahr 1989	6
Neue Gesichter, Geschlossenheit und ein Wahlprogramm	7
Impressum & Termine	8

Michael Luther: Religionsunterricht muss auch in Berlin ein ordentliches Unterrichtsfach sein

Am Sonntag stimmen die Berlinerinnen und Berliner über die Zukunft des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen ab. Sie haben die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass Religion wie in allen anderen Bundesländern auch als reguläres Wahlpflichtfach unterrichtet wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt dieses Anliegen der Bürgerinitiative „Pro Reli“ nachdrücklich. Die Kenntnis der eigenen Religion ist wichtige Voraussetzung für den Dialog mit anderen Religionen. Eine aktuelle Studie der Berliner Humboldt-Universität zeigt, dass

Religionsunterricht die Toleranz und Dialogfähigkeit erhöht. Überdies ist der Religionsunterricht ein wichtiger Ort der Wertevermittlung. Er stellt die Fragen nach dem Sinn des Lebens und den Regeln unseres Zusammenlebens auf Basis der jeweiligen Religion. Damit regt er auch die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Glauben an.

Dagegen kann der freiheitliche und demokratische Staat selbst keine Werte setzen und darf sich nicht die Entscheidung anmaßen, welche Werte in der

Schule vermittelt werden müssen. Genau dies aber tut der Berliner Senat mit dem obligatorischen Ethikunterricht.

Nicht zufällig fühlt sich etwa Wolfgang Thierse dadurch an den Staatsbürgerunterricht in der DDR erinnert. Auch viele andere führende Sozialdemokraten wie etwa Frank-Walter Steinmeier oder Andrea Nahles lehnen das Vorgehen ihrer Parteifreunde in Berlin ab und unterstützen „Pro Reli“. Umso beschämender ist das Verhalten des Berliner Senats: Statt die Abstimmung parallel

zur Europa-Wahl abzuhalten, wurde sie bewusst auf den Sonntag nach den Osterferien gelegt, um so die Chancen zu verringern, dass die nötige Wahlbeteiligung erreicht wird. Der daraus entstehende Mehraufwand belastet den Berliner Haushalt mit mehr als einer Million Euro zusätzlich.

Wir wünschen dem Volksbegehren Erfolg und hoffen, dass auch die Berlinerinnen und Berliner in Zukunft selbst entscheiden dürfen, ob ihre Kinder den Religions- oder den Ethikunterricht besuchen sollen.

Kinderpornografie entschlossen bekämpfen!

Kinderpornografie ist eines der abscheulichsten vorstellbaren Verbrechen. Leider steigt die Zahl der Nutzer stetig an. Gerade das Internet ist eine beliebte Plattform zur Weitergabe kinderpornografischer Bilder und Filme. Für uns ist klar: Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein! Deshalb unterstützen wir mit aller Entschlossenheit unsere Familienministerin

Ursula von der Leyen in ihrem Kampf gegen die Kinderpornografie. Die Blockierung von Homepages mit kinderpornografischen Darstellungen (Access Blocking) ist ein wichtiger Schritt hierfür.

Norwegen, Dänemark, Schweden, Niederlande, Neuseeland, Schweiz, Südkorea, Kanada, Taiwan und Großbritannien haben die

sen Weg bereits erfolgreich beschritten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass nach langem Zögern nun auch unser Koalitionspartner die Notwendigkeit dieser technischen Maßnahme erkannt hat. Wir wissen auch, dass dies alleine nicht ausreicht, um die Kinderpornografie wirkungsvoll zu bekämpfen. Das darf jedoch nicht als Vorwand dienen, auf diese

Maßnahme zu verzichten. Wer in diesem Zusammenhang sogar von „Zensur“ spricht, zeigt, dass ihm die Schwere der zu bekämpfenden Verbrechen nicht klar ist.

Im Kampf gegen den Missbrauch von Kindern dürfen wir nicht leichtfertig auf mögliche Bekämpfungsinstrumente verzichten.

Modernisiertes Bilanzrecht entlastet Wirtschaft

Mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, kurz BilMoG, wurde am 26. März 2009 die größte Bilanzrechtsreform in Deutschland seit Jahrzehnten verabschiedet. Mit dem BilMoG wird das altbewährte Handelsgesetzbuch als vollwertige, aber kostengünstigere und einfachere Alternative auf eine Stufe mit den internationalen Rechnungslegungsstandards gestellt.

Es ist dabei gelungen, die in der Finanzmarktkrise deutlich gewordenen Schwächen der internatio-

nen Rechnungslegung aus dem HGB herauszuhalten. Mit den nun gefundenen Regelungen u. a. bei der Konsolidierung der Zweckgesellschaften und bei der Zeitwertbewertung von Finanzinstrumenten - der sogenannten Fair-Value-Bewertung ausschließlich bei Banken - wird das Bilanzrecht dergestalt weiterentwickelt, dass es eine maßvolle Erneuerung des HGB darstellt und dabei trotzdem viele positive Punkte der internationalen Rechnungslegung übernimmt. In den wesentlichen Punkten werden gleichwohl

die Grundsätze deutscher Bilanzierung, so auch das Anschaffungskosten- und das Realisationsprinzip, aufrechterhalten. Eine besondere Entlastung ist im BilMoG für den Mittelstand vorgesehen.

Einzelkaufleute werden von der Pflicht zur Buchführung und der Erstellung eines Inventars befreit, wenn diese an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren nicht mehr als 500.000 € Umsatzerlös und 50.000 € Jahresüberschuss aufweisen. Weiter-

hin werden die Werte für Umsatzerlöse und Bilanzsumme von Kapitalgesellschaften außerplanmäßig angehoben und es werden die Schwellenwerte für eine größenabhängige Befreiung von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Konzernabschlusses angepasst. Der deutsche Mittelstand wird so allein pro Jahr um ca. 1,3 Mrd. € entlastet. Die begünstigenden Regelungen sollen rückwirkend für das Geschäftsjahr 2008 gelten. Mit der Verabschiedung des BilMoG wird das HGB praxistauglich und fit für das 21. Jahrhundert gemacht.

Der Deutsche Bundestag vergibt jährlich an politisch interessierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus 28 verschiedenen Ländern das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS). Das IPS ist eine gute Gelegenheit das deutsche parlamentarische System und politische Entscheidungsprozesse kennen zu lernen sowie praktische Erfahrungen im Bereich der parlamentarischen Arbeit zu sammeln. Ziel des Programms ist es, die Beziehungen Deutschlands mit den teilnehmenden Ländern zu fördern und zu festigen.

Seit fast sechs Wochen bin ich IPS Praktikantin im Abgeordnetenbüro von Dr. Michael Luther und absolviere ein Praktikum, das meinem bisherigen Studienziel entspricht. Mein Name ist Luciana Kariqi, Staatsangehörige eines Landes, das nicht allen bekannt ist: Das ist Albanien, ein kleines, gastfreundliches, sonniges Land auf dem südwestlichen Teil des Balkans.

Nach meinem Bachelor-Abschluss im Fach „Internationale Beziehungen“ an der Universität Genua (Italien) habe ich beschlossen, mich als IPS bei der deutschen Botschaft in Tirana zu bewerben. Meiner Motivation für die Bewerbung lag der Wunsch zugrunde, die deutsche Gesetzgebung in der Praxis kennen zu lernen. Ziel ist es, das bisher erworbene theoretische Wissen nun in der Praxis angewandt zu erleben, es auf diese Weise zu vertiefen, zu ergänzen und auszubauen. Das Praktikum hat mir ermöglicht, ganz andere Seiten des Arbeitsfeldes „Deutscher Bundestag“ zu entdecken, von denen ich zuvor nichts oder ganz wenig wusste. Insofern kann ich sagen, dass mir das Praktikum im Bezug auf spätere Arbeitsmöglichkeiten in meinem Heimatland weiterhelfen wird. Ich hatte bereits die Möglich-

keit an verschiedene Sitzungen der Arbeitsgruppen und Ausschüssen teilzunehmen und somit in der kurzen Zeit schon viel zu erfahren. Besonders interessant sind auch die Plenarsitzungen, die ich live verfolgen konnte. Es ist für mich beeindruckend, dass der deutsche Bundestag nicht nur durch das Gebäude Transparent ist, sondern auch durch die Mit-



Luciana Kariqi

glieder, die fast jede Woche Besuchergruppen aus ihrem Wahlkreis empfangen und diesen Interessierten und Neugierigen Bürgern

Rede und Antwort stehen.

Dieses Stipendium ist nicht nur eine Erfahrung im Politikbereich, sondern auch eine Erfahrung im Bereich der deutschen Kultur und Gesellschaft. Ich nutze die Zeit auch dazu, mich intensiv mit der deutschen Presse zu beschäftigen. Vor der multikulturellen Stadt Berlin kann man jeden Tag

profitieren. Theater, Kinos, Konzerte, verschiedene Restaurants machen das Leben in Berlin sehr bunt, fröhlich und abwechslungsreich.

Nach dem Praktikum werde ich in mein Heimatland mit vielen Kenntnissen und Eindrücken zurückkehren. Mir macht die Arbeit im Büro von Dr. Michael Luther sehr viel Spaß. Besonders wichtig für mich ist die offene und freundliche Atmosphäre im Büro, die netten und hilfsbereiten Mitarbeiter, die mich jederzeit unterstützen und gern meine Fragen beantworten.

G20, NATO, EU – Wichtige Weichenstellungen auf internationalem Parkett

Unsere Bundeskanzlerin hat in den letzten Wochen erneut ihr diplomatisches Geschick und ihre politische Gestaltungskraft erfolgreich unter Beweis gestellt. Beim Weltfinanzgipfel der G20 in London konnten wichtige Beschlüsse auf dem Weg zu einer stabilen Weltfinanzordnung und für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft erzielt werden.

Alle Finanzmärkte, -produkte und Marktteilnehmer werden einer angemessenen Aufsicht oder Regulierung unterstellt. Steueroasen werden künftig sanktioniert und Banken sollen in guten Zeiten zusätzliche Eigenkapitalpuffer aufbau-

en. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und das Forum für Finanzstabilität werden beauftragt, die Umsetzung des beschlossenen Aktionsplans zu überwachen und voranzutreiben. Dazu gehören auch Gespräche über die von der Bundeskanzlerin angeregte „Globale Charta für nachhaltiges Wirtschaften“, die auf marktwirtschaftliche Kräfte setzt, aber Exzesse verhindert und zur Schaffung eines globalen Ordnungsrahmens führen soll. Wichtig ist auch das gemeinsame Bekenntnis, zur akuten Krisenbewältigung nur Maßnahmen zu ergreifen, die den Wettbewerb nicht verzerren sowie protektionistischen Maßnah-

men zu unterlassen. Darüber hinaus soll die Mittelausstattung des IWF verdoppelt werden, damit er seinen Mitgliedern bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten schnell und flexibel helfen kann.

Der Jubiläumsgipfel der NATO in Baden-Baden, Kehl und Straßburg war ein feierlicher Anlass, um die Bedeutung der NATO zu würdigen und die Rückkehr Frankreichs in die integrierte Kommandostruktur zu begrüßen. Daneben wurden wichtige Weichen für das Bündnis gestellt: Wir begrüßen ausdrücklich den Entschluss, den dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen zum neu-

en Generalsekretär zu nominieren. Außerdem haben die Gipfelteilnehmer den Auftrag erteilt, ein neues strategisches Konzept zu entwickeln, in dem das Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ eine zentrale Rolle spielen wird. Unser Verteidigungsminister hat den Nutzen dieses Ansatzes immer wieder betont.

Schließlich bot der EU-US-Gipfel in Prag die Gelegenheit, die gemeinsamen Ziele mit der neuen US-Administration zu erörtern und den Nutzen der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft zu bekräftigen.

Die Woche im Bundestag

In dieser Woche stellte die Bundesregierung den **Berufsbildungsbericht 2009** vor. Dieser gibt Auskunft über die Ausbildungslage in Deutschland. 2008 wurden rund 616.000 neue Ausbildungsverträge geschlossen (minus 9.000 gegenüber 2007), 19.000 Plätze blieben unbesetzt (plus 1.000 gegenüber 2007) und 14.000 Bewerber blieben unversorgt (minus 18.000 gegenüber 2007). Für das laufende Jahr erfolgt eine Prognose der zu erwartenden Ausbildungsplatzsuchenden und des voraussichtlichen Angebots. Die Ausbildungssituation wird sich trotz der Konjunkturkrise voraussichtlich im Jahre 2009 gegenüber 2008 nicht wesentlich verschlechtern, da sich deutlich weniger Bewerber um eine Lehrstelle bemühen werden.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung gebrachten Dritten **Gesetz zur Änderung des Opferentschädigungsgesetzes (3. OEG-ÄndG)** sollte der Anwendungsbereich dieses Gesetzes auf Aus-

landstaaten erweitert werden. Bisher erhalten eine Entschädigung zum Ausgleich gesundheitlicher und wirtschaftlicher Folgen nur unschuldige Opfer vorsätzlicher tätlicher Angriffe, die im Inland begangen werden. Eine Erweiterung erfolgt auch hinsichtlich der Versorgung ausländischer Geschädigter im Inland, da insoweit der Schutzbereich auf Verwandte bis zum dritten Grade erweitert wird, auch wenn sie sich nur vorübergehend, z. B. aufgrund eines Verwandtenbesuches in Deutschland aufhalten.

In zweiter und dritter Lesung wurde das **Gesetz zu dem Übereinkommen vom 30. Mai 2008 über Streumunition** verabschiedet, mit dem die von 107 Staaten am 30. Mai 2008 in Dublin vereinbarte Konvention über ein umfassendes Verbot von Streumunition ratifiziert wird. Deutschland kommt damit seiner Ankündigung einer zügigen Ratifizierung dieser am 3. Dezember 2008 in Oslo unterzeichneten Konvention nach.

Das in zweiter und dritter Lesung debattierte **Gesetz zur Neuregelung der abfallrechtlichen Produktverantwortung** für Batterien und Akkumulatoren dient der Umsetzung der Richtlinie 2006/66/EG über Batterien und Akkumulatoren in nationales Recht und soll die geltende Batterieverordnung ablösen. Unter Beibehaltung der in Deutschland bereits eingerichteten und bewährten Erfassungs- und Entsorgungsstrukturen für Altbatterien wird ein zentrales Melderegister für die Hersteller von Batterien und Akkumulatoren ebenso eingeführt wie zusätzliche Kennzeichnungspflichten, die den Endverbraucher über den Schadstoffgehalt und die Kapazität von Batterien und Akkumulatoren informieren. Die Beschränkungen bezüglich der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe wie Quecksilber und Cadmium werden entsprechend den EU-Vorgaben verschärft.

Ziel des in zweiter und dritter Lesung behandelte **Gesetzes zur Anpassung ei-**

senbahnrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr ist die Verbesserung der Fahrgastrechte bei der Deutschen Bahn. Insbesondere wird die Bahn zu Entschädigungsleistungen bei erheblichen Verspätungen und zur besseren Information der Fahrgäste über Zugverbindungen, Verspätungen und Fahrgastrechte verpflichtet. Ab 60 Minuten erfolgt eine Erstattung in Höhe von 25 Prozent des Fahrpreises, bei einer Verspätung ab 120 Minuten in Höhe von 50 Prozent. Ab einer 60-minütigen Verspätung zur Nachtzeit oder bei Ausfall des letzten Zuges kann der Fahrgast andere Verkehrsmittel benutzen, auch ein Taxi. Er erhält notwendige Fahrtkosten bis zu einem Höchstbetrag von 80 Euro erstattet. Die Rechte von behinderten und in ihrer Mobilität eingeschränkten Personen werden gestärkt.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Gute Berufsaussichten für Akademiker: Ein Studium ist ein ideales Fundament für beruflichen Aufstieg und geringes Arbeitsplatzrisiko. Zehn Jahre nach Erwerb ihres Hochschul- oder Fachhochschulabschlusses sind über 90 Prozent aller Absolventen erwerbstätig. Unter den Männern liegt die Erwerbsquote bei beinahe 100 Prozent, dagegen haben etwa 20 Prozent der Frauen familienbedingt ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen. Bereits fünf Jahre nach Abschluss standen die meisten Absolventen in einem regulären Erwerbsverhältnis, während Werkverträge und Honorartätigkeiten reine Übergangstä-

tigkeiten in der Anfangsphase der Berufstätigkeit darstellten, die etwa zwei Jahre nach dem Examen so gut wie keine Rolle mehr spielen. Arbeitslosigkeit tritt bei Hochschulabsolventen kaum, meist nur für kurze Zeit in Übergangsphasen auf. Mehr als 80 Prozent der Fachhochschul- und mehr als 70 Prozent der Hochschulabsolventen sind zehn Jahre nach ihrem Examen unbefristet beschäftigt. Mit 60.000 Euro (FH) und 64.000 Euro (Universität) liegt das Durchschnittseinkommen der (Fach-Hochschulabsolventen deutlich über dem der Gesamtbevölkerung. (Quelle: Hochschulinformationssystem)

Fachkräftemangel trotz Krise: Der Bedarf an Fachkräften aus den MINT-Fächern (Mathematik, Ingenieurs-, Natur- und Technikwissenschaften) bleibt auch in der aktuellen Wirtschaftskrise hoch. Zwar hat sich die Zahl der offenen Stellen auch in diesem Bereich reduziert, dennoch lag die Zahl der arbeitslosen MINT-Fachkräfte mit 83.000 im Februar auf niedrigem Niveau. Für Ingenieure und Naturwissenschaftler lag die Zahl mit 23.000 beziehungsweise 8.400 auf dem niedrigsten Februarwert seit der Wiedervereinigung. Seit 2004 hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden MINT-

Fachkräfte um fast 60 Prozent verringert und damit doppelt so stark wie der Durchschnitt aller Arbeitssuchenden. Der Anteil der MINT-Kräfte an allen Arbeitslosen sank damit von 4,4 auf 2,5 Prozent. Besonders stark war der Rückgang bei den Ingenieuren, die nur noch 0,7 Prozent aller Erwerbslosen stellen. Angesichts alternder Belegschaften und zunehmender Komplexität der Produktionsabläufe rechnen Experten damit, dass im kommenden Jahrzehnt jährlich über 20.000 technische, mathematische und naturwissenschaftliche Fachleute fehlen werden. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Gartenfest der Sächsischen Union anlässlich des 50. Geburtstages von Ministerpräsident Stanislaw Tillich

Anlässlich des 50. Geburtstages von Stanislaw Tillich feierte die Sächsische Union bei wunderschönem Frühlingswetter im Großen Garten ein Geburtstagsfest.

Tausende Gäste aus ganz Sachsen folgten der Einladung von Generalsekretär Michael Kretschmer und gratulierten dem Geburtstagskind - darunter der Chef des Bundeskanz-

leramtes, Dr. Thomas de Maizière und der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Steffen Flath MdL.

Ein vergnügliches Unterhaltungsprogramm und ein reichhaltiger Imbiss sorgten bei herrlichem Sonnenschein für beste Stimmung.



Auch Ministerpräsident a. D. Georg Milbradt war unter den Gratulanten

Ministerpräsident Stanislaw Tillich kritisiert hohe Hürden für Firmenkredite

Der Landesvorsitzende der Sächsischen Union, Ministerpräsident Stanislaw Tillich MdL hat sich einem Gespräch mit der „Freien Presse“ (16.04.09) zur Situation der Kreditvergabe an sächsische Unternehmen geäußert. Er forderte die Banken auf, ihre zögerliche Kreditvergabe gegenüber dem Mittelstand zu ändern. "Es ist auch eine Frage des Anstandes, dass die Banken jetzt beim Aufräumen des Schadens helfen, den sie maßgeblich verursacht haben", sagte Tillich.

Lesen Sie hier den Artikel der Freien Presse:

Tillich kritisiert hohe Hürden für Firmenkredite

Banken weisen Kritik des Ministerpräsidenten zurück

Von Hubert Kemper

Ministerpräsident Stanislaw Tillich bezweifelt, dass die Banken einheimische Unternehmen in der Wirtschaftskrise ausreichend unterstützen. Nach zahlrei-

chen Gesprächen mit sächsischen Unternehmern hat Tillich den Eindruck, dass die Geldhäuser die Hürden für die Kreditvergabe immer höher legen. In ungewöhnlicher Schärfe hat er deshalb gestern die Banken aufgefordert, ihre zögerliche Kreditvergabe gegenüber dem Mittelstand zu ändern.

Bund und Länder hätten den Rettungsschirm für die Banken nicht aufgespannt, dass sich diese darunter verkriechen. Tillich spricht von einer "Schockstarre" der Kreditgeber. Das sei kontraproduktiv bei der Überwindung der Krise. "Es ist auch eine Frage des Anstandes, dass die Banken jetzt beim Aufräumen des Schadens helfen, den sie maßgeblich verursacht haben", sagte Tillich der "Freien Presse".

Damit läuft der Regierungschef offene Türen bei der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft ein. "Das Zaudern und Zögern bei der Kreditvergabe ist Gift für die Konjunktur", sagte

Verbandspräsident Bodo Finger. Ausreichend Liquidität sei "das Blut in den Adern der Wirtschaft". Diese Lebensader drohe verschlossen zu werden, wenn die Banken ihre Kreditbedingungen nicht lockern. "Die Firmen beklagen, dass sie wie eine heiße Kartoffel angefasst werden", ergänzte Steffen Flath, CDU-Fraktionschef im Landtag, nach sechs regionalen Treffen mit Unternehmern und Handwerkern.

Die Kritik Tillichs weist der Bundesverband der Deutschen Banken zurück. "Wir sehen keine Kreditklemme, der Geldfluss ist wieder intakt", meinte Pressesprecherin Kerstin Liesem. Sie räumte jedoch ein, dass die Frage von Sicherheiten jetzt einen "höheren Stellenwert" einnehme. Auch Jürgen Itzkowski, Leiter des Firmenkundenvertriebs Mitteldeutschland bei der Commerzbank in Dresden, sah keine Engpässe bei der Bedienung von Darlehensanträgen. "Allerdings gibt es in einer rezessiven Phase eine Zurückhaltung bei Investitionen", bestätigte

er. Bei der Liquiditätsgewährung verhalte sich die Bank "ebenso sorgfältig in der Überprüfung von Zukunftsprognosen wie sonst üblich".

"Uns kann Tillich nicht gemeint haben", reagierte der Ostdeutsche Sparkassenverband auf die Kritik des Ministerpräsidenten. "Weder haben wir die Kreditbedingungen verschärft, noch mangelt es uns an Liquidität", so Sprecherin Cosima Nengelgen. Die 49 Sparkassen im Verbandsgebiet seien "aufgeschlossen für gute Unternehmenskonzepte".

Der Freistaat Sachsen federt mit einem "Mittelstandsstabilisierungsprogramm" die Finanzierungsschwierigkeiten der Unternehmen ab. Von den 375 Millionen Euro, die für Liquiditätshilfen zur Verfügung stehen, sind bisher 95 Anträge in einem Volumen von 80 Millionen Euro ausbezahlt.

Freie Presse vom 16.04.2009, S. 1

20 Jahre friedliche Revolution- CDU und JU leisten einen aktiven Beitrag zum Gedenken an die Ereignisse

im Jahr 1989

20 Jahre nach der friedlichen Revolution und 19 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es der CDU und der Jungen Union ein besonderes Anliegen, dieser Ereignisse zu Gedenken und vor allem auch daran zu erinnern, welche Leistungen die Menschen damals und seitdem erbracht haben, um zur Entwicklung eines von 40 Jahren Diktatur und Misswirtschaft gezeichneten Landes beizutragen.

Ganz im Zeichen dieses Anliegens steht die Ausstellung „20 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, die der CDU Kreisverband Zwickau in den Zwickau Arcaden präsentierte. Diese Ausstellung führte den Besuchern schlaglichtartig die Geschichte der SED-Diktatur, der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung vor Augen.

Das rege Interesse der Zwickauerinnen und Zwickauer bestärkt uns darin, dass es wichtig und richtig ist, gerade in diesen Zeiten an der Aufarbeitung des SED-Unrechts mitzuwirken, aber auch den Freiheits- und Gestaltungswillen der Demonstranten von 1989 zu dokumentieren. Dies ist ein aktiver Beitrag zur Verankerung dieser wichtigen Ereignisse der jüngsten deut-

schen Geschichte in der Bevölkerung. Dies ist umso wichtiger, da sich die damaligen Täter des SED-Unrechts pünktlich zum 20jährigen Jubiläum der friedlichen Revolution anschicken, die Geschichte ihrer Opfer zu schreiben, um in der Retrospektive den Gang der Ereignisse umzudeuten.

Einen weiteren Beitrag zu einer aktiven Erinnerungskultur leistete die Junge Union Zwickau in Zusammenarbeit mit dem Ring Politischer Jugend. Die JU Zwickau bot am 21. April 2009 im Rahmen der „Tage der Demokratie und Toleranz“ mehrere Filmvorführungen für Zwickauer Schulklassen an. Einladungen gingen an die Schulen der Region Zwickau.

Gezeigt wurde der Film „Sportsfreund Löttsch“, der vom Leben und Leiden des DDR-Radsportlers Wolfgang Löttsch handelt. Löttsch galt ab den 60er Jahren als einer der talentiertesten Sportler der DDR. Größeren Erfolgen und internationalem Ruhm stand nur die Flucht seines Bruders in den Westen und die eigene kritische Haltung zur DDR entgegen. Löttsch durfte schließlich nur noch an Amateurrennen teilnehmen

und kam schlussendlich gar wegen so genannter „Staatsverleumdung“ in Haft.

Dieser Film führte den Schülern anhand eines Einzelschicksals vor Augen, wie in der DDR sogar der Sport einer völlig verfehlten Ideologie untergeordnet wurde. Die Reaktionen von Schülern und Lehrern zeigten deutlich, dass der Film seine Wirkung nicht verfehlt hatte und es ist davon auszugehen, dass auch diese Veranstaltung junge Menschen dazu angeregt hat, über die Geschichte des eigenen Landes nachzudenken und sich näher mit ihr zu beschäftigen.

Sowohl die Ausstellung als auch die Filmvorführungen der Jungen Union waren ein voller Erfolg und sind uns deshalb umso mehr Ansporn und Motivation auch in Zukunft aktiv an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte mitzuwirken und dieses so wichtige Feld nicht den Ewiggestrigen zu überlassen. Dem Vorwurf nur in Altlasten wühlen zu wollen, halten wir entgegen, dass nur wer fundiertes Wissen über die Geschichte des eigenen Landes hat und bereit ist, daraus Lehren zu ziehen, kann dazu befähigt sein, dieses Land auch in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Das ist der Anspruch der Union.



Dieser Film wurde von der Jungen Union Zwickau/
Zwickauer Land gezeigt



Dr. Luther bei der feierlichen Eröffnung der Ausstellung in den Zwickau Arcaden



Neue Gesichter, Geschlossenheit und ein Wahlprogramm

Junge Union Sachsen & Niederschlesien geht geschlossen in den Wahlkampf

JU Zwickau mit neun Delegierten stark vertreten

Am vergangenen Wochenende traf sich die Junge Union Sachsen und Niederschlesien zu ihrem 31. Landestag in der Landeshauptstadt Dresden.

Fast 100 Delegierte aus ganz Sachsen wählten am Samstag den Landesvorstand der Jungen Union. Zahlreiche neue Gesichter prägen das frische Team.

Sebastian Grumt aus dem Kreisverband Erzgebirge wurde von den Delegierten zum Nachfolger von Christian Piwarz bestimmt. Grumt dankte vor allem seinem Vorgänger im Amt für die gute Zusammenarbeit und die zahlreichen Ideen und Innovationen, die in den letzten sechs Jahren aus dem unter Piwarz geführten Landesvorstand kamen. Der Landesverband und alle Kreisverbände bedankten sich auf der Abendveranstaltung mit persönlichen Geschenken bei Christian Piwarz.

Die Mitglieder des Landesvorstandes:

Landesvorsitzender: Sebastian Grumt KV Erzgebirge

Stellvertreter: Ulrich Walther KV Dresden

Stellvertreter: Markus Vogel KV Leipzig

Schatzmeister: Jörg Förster KV Bautzen

Pressesprecherin: Katja Naumann KV Meißen

Beisitzer (in alphabetischer Reihenfolge)

Stephan Bader KV Leipzig

Carsten Büttner KV Erzgebirge

Dirk Czaja KV Mittelsachsen

Alexander Dierks KV Chemnitz

Carsten Gieseler KV Sächsische Schweiz/ Osterzgebirge

Florian Gräßler KV Zwickau

Kevin Hache KV Zwickau

Theo Ludwig KV Görlitz

Stefan Quandt KV Nordsachsen

Titus Reime KV Meißen

Ehregast am ersten Tag war Ministerpräsident Tillich, der die Junge Union in Wahlkampfstimmung brachte. Seine Motivationsrede beflügelte die jungen Christdemokraten. Sebastian Grumt nach der Rede: „Wir unterstützen Stanislaw Tillich voll und ganz. Wir wollen die absolute Mehrheit für die CDU und die SPD dahin schicken, wo sie hingehört: in die Opposition.“

Nach der traditionellen ökumenischen Morgenandacht, beschäftigten sich die Delegierten am Sonntag erneut mit dem Thema „20 Jahre Friedliche Revolution – die Schwierigkeit mit dem Erinnern“. Sie diskutierten mit Arnold Vaatz MdB über die Vergangenheitsbewältigung im 20. Jahr nach der Friedlichen Revolution. Arnold Vaatz rief den CDU-Nachwuchs dazu auf, sich nicht vor den „zugenähten Gesichtern der alten SED-Leute zu

fürchten“. Die Christdemokraten selbst müssen die Ereignisse der Jahre 1949-1989 immer wieder thematisieren.

Zum Schluss der Tagung verabschiedete die Junge Union Sachsen & Niederschlesien ihre programmatischen Leitlinien „Wir gestalten Sachsen“ für das Superwahljahr. Auf insgesamt 23 Seiten beweist die Junge Union einmal mehr, dass Sie inhaltlich etwas zu

bieten hat. Zahlreiche Kandidaten für Stadt- und Gemeinderäte und die 13 Direktkandidaten für den Sächsischen Landtag sind dankbar für die Unterstützung.

So schloss der neue Landesvorsitzende Sebastian Grumt mit den Worten: „Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Packen wir's an! Glück auf.“



Ministerpräsident Stanislaw Tillich gratuliert dem neu gewählten JU-Landesvorsitzenden Sebastian Grumt



Sebastian Grumt (r) mit seinem Amtsvorgänger Christian Piwarz (l)

CDU KV Zwickau-Werdau

Kreisgeschäftsstelle
 Hauptstraße 28/30
 08056 Zwickau
 Telefon: 0375-282710
 Fax: 0375-294567
 E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de



Programmhits der Alleinunterhalter

Zeichnung: Sakurai

Termine April-Mai 2009

- | | |
|---|--|
| <p>29.04.09 nächste Kreisvorstandssitzung; Ort: Hotel „Schweizerhaus“, Weinkellerstr. 28, Hohenstein-Ernstthal, Zeit: 19.00 Uhr</p> | <p>16.05.09 23. Landesparteitag der Sächsischen Union, Ort: Leipzig, Media City Atelier, Zeit: 10.00 Uhr</p> |
| <p>06.05.09 Johann Amos Comenius Club der CDU-Fraktion, Gast: Ministerpräsident Stanislaw Tillich, Ort: Dresden, ICC</p> | <p>22.05.09 Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten</p> |

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.). Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau. Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
 08056 Zwickau
 Tel.: (0375) 29 17 79
 Fax: (0375) 29 45 67
 E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: (030) 227 – 7 70 92

CDU im Netz
www.michael-luther.de
www.cdu-zwickau-werdau.de